



lädt ein zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung:

Kommunaler Schutzschirm – Fluch oder Segen?

**Stadthalle Rüsselsheim, Lassallesaal,
Montag, den 18. Juni 2012, 19 Uhr 30**

Unser **Referent Hermann Schaus** ist kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion der Linken im hessischen Landtag.

Er wird zunächst die Ausgangssituation bei den Kommunal финанzen darstellen.

Dazu gehört die massive Verschuldung vieler Gemeinden und die Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich durch die Landesregierung. Dann wird er die im Mai verabschiedeten gesetzlichen Regelungen vorstellen und erläutern, welche Details noch in Verordnungen geregelt werden sollen.

Schaus befürchtet: „Die Haushaltskonsolidierungen, wie sie sich CDU und FDP vorstellen und SPD und Grüne in ihren Anträgen unterstützen, werden zu einer weiteren massiven sozialen Spaltung durch den Abbau freiwilliger sozialer Leistungen in den Kommunen führen.“

Wäre aber nicht die Verringerung der Rüsselsheimer Schulden um ca. 100 Millionen Euro ein Segen?

Die teilweise Schuldenübernahme durch das Land ist jedoch gekoppelt an „Konsolidierungsmaßnahmen, die dafür sorgen sollen, dass der Haushalt „zum nächstmöglichen Zeitpunkt und danach jahresbezogen dauerhaft ausgeglichen ist.“ (§3 des Schutzschirmgesetzes)

Im Entwurf der Landesregierung für ein „Konsolidierungshandbuch“ werden dazu die Schließung öffentlicher Einrichtungen, von Bibliotheken, Schwimmbädern, das Streichen von Zuschüssen für Schulsozialarbeit, die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen für das Personal im öffentlichen Dienst, die Einschränkung des Angebots im öffentlichen Nahverkehr und einiges mehr vorgeschlagen.

Noch ist die Entscheidung, ob Rüsselsheim die Nutzung des Schutzschirms beantragen soll - und damit die Durchführung unsozialer Kürzungsmaßnahmen akzeptiert - nicht gefallen.

Die Linke/Liste Solidarität will mit dieser Veranstaltung Entscheidungshilfen bereitstellen.

Und sie will auf alternative Konzepte der Linken in Bund, Land und Kommune für eine nachhaltige Finanzierung der Aufgaben der Kommunen hinweisen.